

Der Kampf um die Erinnerung

Aspekte der aktuellen Diskussion mit und in Russland

I. Medwedjew, Putin und der Umgang mit Geschichte

Der 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges hat zu einer politisch-historischen Auseinandersetzung um die Erinnerung zwischen Russland und den westlichen Staaten geführt. So verurteilte der russische Präsident Dmitrij Medwedjew im russischen Staatsfernsehen am Vorabend des Gedenktages Versuche, dem nationalsozialistischen Deutschland und der stalinistischen Sowjetunion gleichermaßen die Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zuzuweisen, als Lügengeschpinnt von Zynikern.¹ Er behauptete, ebendies habe die Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) in einer im Juli beschlossenen Resolution getan.

Die Parlamentarierversammlung aus 50 OSZE Ländern hat am 3. Juli 28 Resolutionen verabschiedet, unter ihnen auch eine unter dem Titel: *„Das geteilte Europa wiedervereinigt. Förderung von Menschenrechten und Bürgerfreiheiten in der OSZE-Region im 21.*

¹ Vgl. Michael Ludwig: **Medwedjew und die zynischen Lügner**, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.8.09, S. 6; das Interview Medwedjews wird in den polnischen Zeitungen aufgegriffen und kritisiert; vgl. Justyna Prus, Karol Many: **Kreml wciąż prowokuje (Der Kreml provoziert immerfort)**, in der Tageszeitung Rzeczpospolita vom 31.8.2009, S. 3; Marcin Grczyk: **Trwa bitwa o pamięć (Die Schlacht um die Erinnerung)**, in der Tageszeitung Dziennik, 31.8.2009, S. 1.

Jahrhundert“. In dieser Resolution wurde auch an die Initiative des Europäischen Parlaments erinnert, den 23. August europaweit als Erinnerungstag an die Opfer des Stalinismus und Nationalsozialismus zu begehen, um damit das Gedächtnis an die Opfer von Massendeportationen und Massenmorden zu bewahren. Unter dem Datum 23. August hatten Hitler und Stalin 1939 einen Nichtangriffspakt geschlossen und in einem geheimen Zusatzprotokoll die Aufteilung Ostmitteleuropas in eine deutsche und sowjetische Einflusssphäre vereinbart. Von der Kriegsschuldfrage ist in der Resolution der OSZE-Parlamentarier aber überhaupt keine Rede. Erinnert wird lediglich an die verhängnisvollen Folgen, die der Hitler-Stalin Pakt für die Menschen in den betroffenen Gebieten hatte.²

Der russische Präsident befürchtet offensichtlich dennoch *„Geschichtsfälschungen zu Lasten Russlands“*, für die er im Frühjahr eigens eine Kommission einsetzen ließ. Er ist der Meinung, eine

² RESOLUTION ON DIVIDED EUROPE REUNITED: PROMOTING HUMAN RIGHTS AND CIVIL LIBERTIES IN THE OSCE REGION IN THE 21st CENTURY, in: VILNIUS DECLARATION OF THE OSCE PARLIAMENTARY ASSEMBLY AND RESOLUTIONS ADOPTED AT THE EIGHTEENTH ANNUAL SESSION VILNIUS, 29 JUNE to 3 JULY 2009, http://www.oscepa.org/images/stories/documents/activities/1.Annual%20Session/2009_Vilnius/Final_Vilnius_Declaration_ENG.pdf.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO POLEN

LEITER: STEPHAN RAABE

2. September 2009

www.kas.de/polen

Gleichstellung von Nazi-Deutschland und Sowjetunion in Bezug auf den Weltkrieg dürfe keinesfalls hingenommen werden. Deutlich unterschieden werden müsse zwischen dem Verursacher des Krieges, Deutschland, und der Sowjetunion, die nicht nur Millionen Menschenleben, sondern auch Europa gerettet habe. Allein diese „richtige Sicht“ auf die Geschichte solle an russischen Schulen gelehrt werden. Die Schüler dürften nicht mit unterschiedlichen Bewertungen konfrontiert werden.

Diese „richtige Sicht“ der Geschichte, in der die Sowjetunion allein als Retterin auftritt, ist für diejenigen Länder, die bereits 1939/40 von der Sowjetunion ganz oder teilweise annektiert wurden - also für die Baltischen Staaten, Polen, Finnland und Rumänien (Bessarabien und der Nord-Bukowina) – sowie für die nach 1945 unter sowjetischer Gewaltherrschaft lebenden Nationen jedoch nicht akzeptabel. 76 Prozent der Polen erwarten vielmehr von Putin bei seinem Besuch anlässlich der Gedenkfeiern zum Kriegsbeginn in Danzig am 1. September eine Entschuldigung für den Einmarsch der Sowjetunion in Polen am 17. September 1939.³ Zudem berichtet die polnische Presse über eine in Moskau vorgestellte Meinungsumfrage, wonach nur 16 Prozent der Russen von der Aufteilung Polens durch Nazi-Deutschland und Sowjetrußland 1939 wissen.⁴ Dieses Faktum wurde bis Ende 1989 in der Sowjetunion geleugnet und danach weitgehend von der Ideologie

³ Vgl. Polacy chcą przeprosin za napaść (**Polen wollen Entschuldigung für Angriff**), in: Rzeczpospolita vom 29./30.9.2009, S. 4.

⁴ Vgl. Waław Radziwinowicz, Moskwa: Nie znają IV rozbioru Polski (**Sie kennen die IV. Teilung Polens nicht**), in: Gazeta Wyborcza vom 29./30.9.2009, S. 8.

des Vaterländischen Krieges als eines Befreiungskampfes zugedeckt.

Vor diesem Hintergrund wird in Russland die Meinung vieler Polen, dass Deutsche und Russen gemeinsam die Verantwortung für den Kriegsausbruch trügen, mit völligem Unverständnis und Empörung aufgenommen.⁵ In Russland sieht man die hohen Opfer, die der Kampf gegen Nazi-Deutschland die Sowjetunion kostete, nicht ausreichend gewürdigt.

Auf der anderen Seite werden in Polen historisch nicht belegte Behauptungen aus Russland als Zumutung empfunden und als Lüge verurteilt, nachdem Dokumente des dortigen Auslandsgeheimdienstes belegten, dass Polen sich bereits 1938 in einem geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-polnischen Nichtangriffspakt von 1934 über die Aufteilung Litauens und der Tschechoslowakei geeinigt habe.⁶ In diesem Pakt mit Piłsudski hatte sich Hitler vorübergehend von der kooperativen Revisionspolitik mit Russland in Bezug auf den Versailler Vertrag abgewandt. Alle

⁵ Vgl. die Umfragen in der Rzeczpospolita vom 31.8.2009; danach sind 61 Prozent der Polen dieser Auffassung, nur 30 Prozent geben eindeutig Deutschland die Schuld.

⁶ Vgl. die Titelstory in Dziennik vom 27.8.2009: Kreml poprawia historię. Według Rosjan w 1938 r. Polska miała razem z Niemcami zająć Litwę i Czechosłowację. Ta publikacja to element głupiej polityki historycznej prowadzonej przez Moskwę - mówi Siergiej Buntman, publicysta Radia Echo Moskwy (**Der Kreml berichtigt die Geschichte. Laut Russland hat Polen 1938 gemeinsam mit Deutschland Litauen und die Tschechoslowakei beansprucht. Diese Publikation ist ein Element der dummen Geschichtspolitik Moskaus – sagt Siergiej Buntman, Publizist von Radio Echo Moskau**); es geht um ein russisches Buch von General Lew Sockow mit angeblich neuen Archivmaterialien unter dem Titel „Geheimnisse der polnischen Politik 1935-1945“, das am 1.9.2009 in Moskau vorgestellt wurde; dazu weitere Berichte am 2.9.2009 in: Rzeczpospolita, S. 5, und Gazeta Wyborcza, S. 6, mit der Feststellung, dass keine Beweise für die Behauptungen vorgelegt wurden; in Dziennik heißt es auf S. 7: „**die Russen verbreiten Lügen über Polen**“.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO POLEN

LEITER: STEPHAN RAABE

2. September 2009

www.kas.de/polen

Bestrebungen russischer Medien zur Rechtfertigung des deutsch-sowjetischen Paktes und des sowjetischen Einmarsches in Polen werden dort genauestens wahrgenommen und lassen die Wellen der Emotionen hoch schlagen. Sie beunruhigen derart, dass sie in allen Zeitungen in prominenter Weise aufgegriffen und kommentiert werden und der polnische Regierungssprecher Paweł Graś sogar eine offizielle Stellungnahme des Kreml in dieser Angelegenheit erwartete.⁷

Der russische Premier und Ex-Präsident Wladimir Putin versuchte die Gemüter in Polen vor seinem Besuch in einem zweiseitigen Namensbeitrag in der liberalen Tageszeitung Gazeta Wyborcza zu besänftigen. Darin gibt er zu, dass man den Hitler-Stalin-Pakt ohne jeden Zweifel und mit voller Berechtigung verurteilen könne, wie dies bereits vor 20 Jahren durch den Kongress der Volksbeauftragten der Sowjetunion getan worden sei. Allerdings rechtfertigt auch Putin den Pakt mit dem Hinweis, dass angesichts der nachgiebigen Haltung der westeuropäischen Staaten gegenüber Hitler, die damals jede Hoffnung auf eine gemeinsame Koalition gegen Deutschland zerstört hätte, die Sowjetunion den Vorschlag Deutschlands zum Abschluss eines Nichtangriffspaktes nicht habe zurückweisen können. Zum Massaker an über 20.000 polnischen Offizieren in Katyn und an weiteren Orten erklärt Putin: *„Das russische Volk, dessen Schicksal durch das totalitäre Regime verunstal-*

tet worden ist, versteht die Gefühle gut, die sich für Polen mit Katyn verbinden.“ Die heutige deutsch-russische Partnerschaft stellt er als ein Beispiel vor Augen, wie man trotz historischer Belastungen aufeinander zu gehen könne.⁸

Der Herausgeber der Gazeta Wyborcza, Adam Michnik, antwortete Putin am 1. September, indem er ihm nicht ganz zustimmt und betont: *„Für uns – wie für viele russische Demokraten – war Stalin ein Verbrecher und Aggressor; dieser Urheber des staatlichen Gulag war insgesamt vergleichbar mit Hitler“*.⁹ Während im nationalkonservativen Lager in Polen Putins Brief zwispältig aufgenommen wurde als eine Mischung von Versöhnungsgesten und alten Lügen und eine Entschuldigung vermisst wird¹⁰, wurde er im Regierungslager der Bürgerplattform als positives Zeichen begrüßt¹¹.

In seiner Rede auf der Westerplatte zum Gedenken an den Beginn des Zweiten Weltkrieges ging Putin nicht über das bereits Gesagte hinaus. Er räumte ein, dass der Pakt Sowjetrusslands ein Fehler gewesen sei, den man in Russland bereits 1989 verurteilt habe. Er gedachte der Opfer dieses Paktes. Aber eine darüber hinaus gehende Geste blieb aus. Stattdessen rief er dazu auf, es sollten sich auch andere Staaten zu ihren Fehlern in den 30er

⁷ Vgl. Rząd nie zareaguje na film? (**Reagiert die Regierung nicht auf den Film?**), in: Rzeczpospolita vom 25.8.2009, S. 5 und Kommentar ebd. S. 2: Kremla kampania wrześniowa (**September-Kampagne des Kreml**) von Marek Magierowski; ein im russischen Fernsehen ausgestrahlter Film warf Polen vor, mit Hitler-Deutschland ein Bündnis gegen die Sowjetunion geschlossen zu haben.

⁸ Vgl. Wladimir Putin: Karty historii - powód do wzajemnych pretensji czy podstawa pojednania i partnerstwa? (**Die historische Karte – ein Grund zum gegenseitigen Groll oder Grundlage für Versöhnung und Partnerschaft?**) In: Gazeta Wyborcza vom 31.8.2009, S. 4f.

⁹ Ebd. 1.8.2009, S. 2.

¹⁰ Vgl. Pitor Semka: Tyle samo prawd, ile kłamstw (**So viel Wahrheiten, wie Lügen**), in: Rzeczpospolita vom 1.9.2009, S. 2.

¹¹ Vgl. Waclaw Radziwinowicz, Moskwa: Reakcje na artykuł Putina (**Reaktionen auf den Artikel Putins**), in: Gazeta Wyborcza vom 1.9.2009, S. 4.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO POLEN

LEITER: STEPHAN RAABE

2. September 2009

www.kas.de/polen

Jahren bekennen, womit er den Hitler-Stalin-Pakt und die sowjetischen Okkupationen auf eine Ebene stellte mit dem Münchener Abkommen oder dem polnisch-deutschen Nichtangriffspakt.¹² Angesichts der großen Opfer, die Russland und die Völker der Sowjetunion im Kriege erbracht haben, und des tradierten Verständnisses des Großen Vaterländischen Krieges fällt es der russischen Führung offenbar schwer, über den eigenen Schatten zu springen und zu ihrer Verantwortung in der Nachfolge der Sowjetunion zu stehen.

II. Nur „eine alte Geschichte“? - Die Debatte in Russland

Auch in Russland hat der 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes, der nach den unterzeichnenden Außenministern auch Molotow-Ribbentrop-Pakt genannt wird, zu einer bemerkenswert kontroversen Diskussion geführt. Die staatliche Russische Agentur für internationale Informationen (RIA Novosti) präsentiert dazu auf ihrer deutschsprachigen Webseite eine ganze Reihe von Beiträgen, die sich in ihrem Urteil zwischen zweifelhaften Rechtfertigungen und deutlicher Kritik bewegen.¹³

Da kommt der Enkel Molotows, Wjatscheslaw Nikonow, mit der Auffassung zu Wort, der Pakt sei für die Sowjetunion eine Frage über Leben und Tod gewesen. Die Motive des Zeitgewinns für die Verteidigungsvorbereitungen

und der Interessenabgrenzung hätten auf das Engste miteinander zusammengehungen. Tatsächlich hätte es keine Alternative zu dem Pakt gegeben.¹⁴

In einem Hintergrundbericht heißt es dagegen: „Das Dokument trug in vieler Hinsicht zum Beginn des Zweiten Weltkriegs bei und bestimmte das Schicksal der Letten, Esten, Litauer sowie der im Westen ihres Landes lebenden Ukrainer, Weißrussen und Moldawier.“ Viele geopolitische Realitäten im heutigen Europa gingen auf den Pakt zurück. Das ihm beiliegende Geheimprotokoll habe jedoch eindeutig gegen das Völkerrecht verstoßen. Dennoch sei die Abmachung lange als genialer Schachzug in der offiziellen sowjetischen Geschichtsdeutung interpretiert worden. Die Folgen dieser Vereinbarung seien bis heute spürbar: Sie vergifteten die Beziehungen zwischen Russland und den vom Pakt betroffenen Völkern.¹⁵

Wladimir Ryschkow, Historiker an der Moskauer Wirtschaftshochschule und Vorsitzender der Bürgerbewegung „Russlands Wahl“, fragt kritisch, was Russland eigentlich außer eines falsch verstandenen Patriotismus und schiefen Ehrgefühls daran hindere, die stalinistischen Verbrechen selber anhand der Dokumente offen zu legen und zu verurteilen. Russland sei kein Rechtsnachfolger des Stalin-Regimes, und das Bekenntnis zu dessen Verbrechen werde das internationale Ansehen Russlands nur erhöhen und das Vertrauen in seine Politik festigen. Die Verteidigung der Hinterlassenschaft wecke dagegen nur alte Ängste: „Der Schutz von Stalins Geschichtsauffas-

¹² Dokumentation der Rede am 2.9.2009 in: Gazeta Wyborcza, S. 9; Rzeczpospolita, S. 8, vgl. ebd. den Kommentar vom Chefredakteur Paweł Lisicki: Ile zrozumiał Władimir Putin (**Wieviel versteht Wladimir Putin**), S. 2; die Schlagzeile in Dziennik auf S. 1 lautet: Nie było przeprosin za Katyń. Putin na Westerplatte: potępiłszy pakt Ribbentrop - Molotow. Ale inni też paktowali z Hitlerem (**Es gab keine Entschuldigung für Katyn. Putin auf der Westerplatte: Wir haben den Ribbentrop-Molotow-Pakt verurteilt. Aber andere haben auch mit Hitler paktiert.**)

¹³ Vgl. <http://de.rian.ru/trend/HitlerStalin/>.

¹⁴ Vgl. ebd. Molotows Enkel zu Hitler-Stalin-Pakt: „Er hat nie bereut, ihn unterschrieben zu haben“.

¹⁵ Vgl. ebd. Hitler-Stalin-Pakt – Hintergrund vom 21.8.2009.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO POLEN

LEITER: STEPHAN RAABE

2. September 2009

www.kas.de/polen

sung und des Stalinschen Herangehens an die Innenpolitik (beides ist in den neuen russischen Geschichtsbüchern genau zu verfolgen) bringt Russland in Misskredit und kompliziert in höchstem Maße seine Beziehungen zu den nächsten Nachbarn, die seinerzeit unter der zynischen Abmachung zwischen beiden Diktatoren zu leiden hatten.“¹⁶

Der Journalist Boris Kaimakow fasst in seinem Beitrag unter dem Titel „*Russisches Roulette zwischen Hitler und Stalin*“ die unterschiedlichen Stimmen so zusammen. Unter den russischen Publizisten gebe es zwei konträre Standpunkte zu dem Pakt. Die eher liberalen Meinungsmacher sähen in ihm ein verbrecherisches Komplott zweier Diktatoren, die national gesinnten Autoren seien dagegen der Meinung, der Pakt habe in der damaligen Situation den Interessen der Sowjetunion entsprochen. So behaupte etwa der Präsident des Zentrums für Systematische Analyse und Prognose, Rostislaw Ischtschenko, dass die Sowjetunion vor 70 Jahren einen großen Sieg erzielt habe. Stalin habe die Situation damals insgesamt richtig eingeschätzt und im Fahrwasser der damals üblichen moralischen und diplomatischen Regeln gehandelt. Der Kommentator von RIA-Novosti, Pjotr Romanow, argumentiere, die Unterzeichnung des Dokuments habe die unvermeidliche Kollision mit Deutschland aufgeschoben und es der Sowjetunion später ermöglicht, den Faschisten unter besseren Bedingungen zu begegnen. Diesen Standpunkt habe auch der frühere sowjetische Botschafter in Deutschland, Valentin Falin, in einer Diskussion vertreten. Ihm zufolge habe die Einverleibung zusätzli-

cher Gebiete, die die sowjetische Grenze weit in den Westen gerückt habe, der UdSSR einen immensen strategischen Nutzen gebracht.

Das, was die national gesinnten Publizisten meist als eine zwar unmoralische, aber doch notwendige Politik beschrieben, werde von liberalen Geschichtsforschern als grobes völkerrechtliches Delikt angeprangert, schreibt Kaimakow weiter. So schreibe Denis Babitschenko in der Zeitschrift „*ItoGI*“, dass die UdSSR nach der Unterzeichnung des Paktes die Rolle eines Aggressors gespielt habe und erst später selbst Opfer der Aggression geworden sei. Mehr noch: Der Autor gelange zu einem für den einfachen russischen Leser schockierenden Schluss, dass der Hitler-Stalin-Pakt in einem großen Maße zur Entfesselung des Krieges beigetragen habe, indem er Deutschland den Weg für die erste Kriegsphase freigemacht habe.

Der Historiker Alexander Tschubarjan, Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften und Mitglied der Präsidentenkommission gegen Geschichtsfälschung, habe dagegen ebenfalls in der Zeitschrift „*ItoGI*“ die Auffassung vertreten, Hitler hätte 1939 alle überlistet, aber letztendlich eben verloren. Demnach, so die Schlussfolgerung von Boris Kaimakow, könne der Pakt auch als eine Art russisches Roulette verstanden werden, das Stalin und Hitler gespielt hätten, wobei die letzte Kugel aus der Revolvertrommel eben den deutschen Führer in die Schläfe getroffen hätte.

In einem Interview am 21. August mit RIA Novost plädiert derselbe Tschubarjan für einen offenen Umgang mit den

¹⁶ Vgl. ebd. Wladimir Ryschkow: **70 Jahre Hitler-Stalin-Pakt – Kurzsichtige Politik**, vom 21.8.2009.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO POLEN

LEITER: STEPHAN RAABE

2. September 2009

www.kas.de/polen

historischen Fakten.¹⁷ Offen zu sein sei stets besser, als Offensichtliches abzustreiten. Dass das Geheimprotokoll zum Pakt nach jahrzehntelanger Leugnung vor zwanzig Jahren dann doch veröffentlicht wurde, beweise den Bruch mit der Politik des Totschweigens. Zweifellos seien insbesondere die geheimen Abmachungen zwischen Hitler-Deutschland und der Sowjetunion verurteilungswürdige amoralische Handlungen gewesen. Allerdings müsse dies im Zusammenhang des damaligen Geschehens gesehen werden. *„Vom Standpunkt der Moral unterschieden sich das Münchener Abkommen und der Molotow-Ribbentrop kaum voneinander. Beide Dokumente wurden hinter dem Rücken jener Völker unterzeichnet, deren Schicksal sie betrafen“*, so Tschubarjan. Zudem hätten die westlichen Länder ebenfalls einen Teil der Verantwortung für die damaligen Ereignisse in Osteuropa, denn sie hätten ebenso wie Sowjetrußland in ihrem nationalen Egoismus die von Hitler-Deutschland ausgehende Gefahr unterschätzt. Das Schicksal Tschechiens, der Baltischen Staaten und Ost-Polens habe England und Frankreich nicht allzu sehr berührt. De facto hätten sie auch die sowjetischen Okkupationen anerkannt.

Auf die Frage nach der Verantwortung Russlands für die damaligen Vorgänge verweist Tschubarjan auf die vergangene Sowjetunion. Mit Blick auf Wiedergutmachungsforderungen gegenüber Rußland fragt er, wie es denn möglich sei, den heutigen Generationen eine Rechnung für die Handlungen von Stalin zu präsentieren, über welche die anderen Sowjetbürger keine

Informationen gehabt hätten. Zudem hätte vor allem das Sowjetvolk selbst unter dem Stalinismus zu leiden gehabt. Damit wird die Verantwortung für die gewaltsamen Okkupationen, Deportationen und Morde von Tschubarjan der Geschichte übergeben. Er beklagt die Politisierung des Problems insbesondere durch *„gewisse Vertreter von Polen“* und *„einige Personen aus den baltischen Ländern“* und meint: *Wäre das Herangehen der „Vertreter Polens und der baltischen Länder ... nicht dermaßen radikal, fiel auch die Reaktion in Rußland möglicherweise nicht so hart aus.“* Immerhin sei das alles *„eine alte Geschichte, deren Studium eher abstrakt-theoretischen als praktischen Charakter tragen sollte“*.

Wenn aber die aufrichtige geschichtliche Erinnerung das Fundament des Friedens ist, wie der polnische Premier Donald Tusk in seiner Rede auf der Westerplatte am 1. September 2009 hervorhob, dann sollte die Rolle der Geschichte nicht gering geachtet werden. Sie hat eben doch auch einen praktisch politischen Charakter. Daran erinnert der politische Umgang mit den Gedenktagen. Dementsprechend mahnen sogar die deutschen und polnischen Bischöfe in ihrem Wort zum 70. Jahrestag des Beginns des Weltkrieges, zwar gemeinsam in die Zukunft zu blicken, aber ohne die geschichtliche Wahrheit in all ihren Aspekten zu vergessen noch zu gering zu achten. Denn eine Kultur des Friedens könne sich nur in einem Klima des Verzeihens und von Gerechtigkeit und Wahrheit entwickeln.¹⁸

¹⁸ Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Zollitsch, und des Vorsitzenden der Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Michalik vom 25.8.2009.



Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung

Internationale Zusammenarbeit

Auslandsbüro Polen
ul. J. Dabrowskiego 56
02-561 Warszawa
0048-22-845 38 94
kas@kas.pl

¹⁷ Vgl. ebd.: **Offen zu sein ist besser, als Offensichtliches abzustreiten.**